



WESTFÄLISCHE
WILHELMS-UNIVERSITÄT
MÜNSTER

› Menschenrechte, Weltgesundheit und unsere Verantwortung

Thomas Pogge im Gespräch mit Sebastian Laukötter



18

Preprints of the
Centre for Advanced
Study in Bioethics
Münster 2011/18



› Menschenrechte, Weltgesundheit und unsere Verantwortung

Thomas Pogge im Gespräch mit Sebastian Laukötter

September 2011

Thomas Pogge ist einer der bedeutendsten gegenwärtigen Gerechtigkeitstheoretiker. Er wurde nach einem Studium der Soziologie in Hamburg an der Harvard University bei John Rawls mit einer Arbeit über *Kant, Rawls and Global Justice* promoviert. Zur Zeit ist Pogge Leitner Professor of Philosophy and International Affairs an der Yale University, Professorial Fellow am Centre for Applied Philosophy and Public Ethics an der Australian National University in Canberra und Research Director des Centre for the Study of Mind in Nature an der Universität Oslo. Den Kern seiner philosophischen Arbeit bildet die Ausarbeitung einer Theorie globaler Gerechtigkeit in kritischem Anschluss an die Gerechtigkeitstheorie seines Lehrers John Rawls. Gegenwärtig setzt sich Pogge ausgehend von den Ergebnissen seiner theoretischen Arbeit für die Einrichtung eines *Health Impact Fund* ein, der durch eine Verbesserung der Anreizstrukturen für pharmazeutische Forschung einen Beitrag zu mehr Gesundheitsgerechtigkeit im globalen Maßstab leisten soll. Anlass des Gesprächs war ein Fellowship Pogges an der Kollegforschergruppe „Normenbegründung in Medizinethik und Biopolitik“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Frühjahr 2011.

Sebastian Laukötter: Sie konzentrieren sich in Ihren Arbeiten zum Thema Gerechtigkeit auf die globale Ebene und behandeln Gerechtigkeitsfragen folglich vor allem als Fragen globaler Gerechtigkeit. Warum ist eine Konzentration auf diesen Rahmen heute die angemessene Weise, eine philosophische Theorie der Gerechtigkeit zu entwickeln?

Thomas Pogge: Der Hauptgrund dafür ist, dass die Auswirkungen der sozialen Institutionen, die auf globaler oder supranationaler Ebene jetzt bestehen, sehr viel schwerwiegender geworden sind. Es ist heute beinahe unabweislich offensichtlich geworden, dass die Regeln auf globaler Ebene sehr wichtige Auswirkungen haben und vor allem, dass diese Regeln in relativ

intransparenter und undemokratischer Weise geschaffen und abgewandelt werden, so dass sich hier eine besondere Legitimationsfrage stellt. Diese Regeln betreffen uns alle, sie betreffen sieben Milliarden Menschen und trotzdem ist nur eine winzige Elite an der Ausformung dieser Regeln beteiligt. Da die Auswirkungen davon sehr stark sind und die Beteiligung sehr schwach ist, ergeben sich dabei besondere Fragen der Gerechtigkeit. Ein weiterer Punkt ist, dass die Gerechtigkeit der Ausformung nationaler Regeln heutzutage stärker von supranationalen Regeln beeinflusst wird. Insofern lässt sich das Gerechtigkeitsproblem auf nationaler Ebene kaum noch lösen, wenn man die Regeln, die supranational existieren, aus dem Blick verliert.

SL: Aktuell befassen Sie sich in der Auseinandersetzung mit Fragen globaler Gerechtigkeit besonders mit Fragen aus dem Bereich der Gesundheit. Wie kommt es zur Konzentration auf diesen Bereich? Ist Ihre Konzentration auf dieses Feld eher *systematisch* dadurch begründet, dass zur Behebung massiver globaler Gerechtigkeitsdefizite und zur Lösung des Problems der Weltarmut vorrangig das Problem der Weltgesundheit behandelt werden muss, oder erwarten Sie eher *pragmatisch* gesehen in diesem Feld besonders schnelle bzw. große Fortschritte?

TP: Es ist eher das Letztere. Hinzu kommt, dass bei Gesundheit die globalen Faktoren besonders deutlich sind. Beim Problem der Ernährung wird häufig auf nationale Faktoren wie etwa das Klima verwiesen, das hierfür eine wichtige Rolle spielt. Bei der Gesundheit ist noch viel offensichtlicher, dass dort der Zugang zu verschiedenen Mitteln, wie Medikamenten, diagnostischen Mitteln oder auch Phänomene wie *brain drain*¹ eine riesige Rolle spielen und insofern lässt sich dort relativ leicht zeigen, dass wir in das Schicksal der Armen und in deren Gesundheitsdefizite stark verstrickt sind. Nicht nur in der gewöhnlichen Weise, dass wir für die Armut, die viele dieser Krankheiten auslöst, verantwortlich sind, sondern auch in dem Sinne, dass wir für die Nicht-Behandlung vieler dieser Krankheiten, also dafür, dass die Probleme nicht gelöst werden, verantwortlich sind. Das illustriert für mich in sehr deutlicher Weise die Wirksamkeit des globalen Institutionensystems und den Zusammenhang mit unseren negativen Pflichten: Wir tun nicht bloß zu wenig, um den Armen zu helfen, sondern auch viel zu viel, um sie aktiv von den Hilfsmitteln abzuschneiden, die sie brauchen, um ihre Gesundheit zu schützen. Das ist bei medizinischen Patenten besonders klar erkennbar, wo es generischen Firmen verboten wird, lebenswichtige Medikamente herzustellen und zu Konkurrenzpreisen an arme Patienten zu verkaufen. Die Verträge, die dieses Verbot vorschreiben, wurden den armen Ländern aufgezwungen, und die Folgen dieser Verträge stellen für mich einen ganz klaren Fall von aktiver Menschenrechtsverletzung dar. Ein weiterer Punkt ist natürlich, dass die Gesundheitsprobleme so essentiell sind, wie es nur sein kann. Wenn man nach Ungerechtigkeiten in der Welt sucht, sollte man zuerst darauf schauen, wo Menschen wirklich leiden, massive Gesundheitsprobleme haben und vorzeitig sterben und dann sehen, ob diese Probleme Ungerechtigkeiten manifestieren oder nicht.

SL: Der konkrete Vorschlag, den Sie zur Verbesserung der Weltgesundheit bezüglich des Zugangs zu essentiellen Medikamenten für alle unterbreiten, ist die Einrichtung des *Health Impact Fund*. Was ist die Grundidee des *Health Impact Fund* und wie funktioniert er?

1 Siehe Rebecca Shah (Hrsg.): *The International Migration of Health Workers: Ethics, Rights and Justice* (Houndmills: Palgrave Macmillan 2010), mit einem Vorwort von Thomas Pogge.

TP: Die Grundidee ist die Einrichtung einer zweiten Schiene, auf der neue Medikamente prämiert werden können. Im gegenwärtigen globalen System, das im Zuge der Etablierung der Welthandelsorganisation ins Leben gerufen worden ist, gibt es überall ein Anrecht auf Patente, die sich eine Firma, die ein neues Medikament entwickelt hat, ausstellen lassen kann. Dank solcher Patente kann eine Firma dann ein von ihr patentiertes Medikament zu einem von ihr frei festgesetzten Preis verkaufen, ohne um Konkurrenz fürchten zu müssen. Handelt es sich um ein besonders wichtiges Medikament, kann man den Preis sehr hoch ansetzen und das Mittel an reiche Leute verkaufen, die (oder deren Versicherungen) einen sehr hohen Aufpreis bezahlen, durch den die Firmen dann viel Geld verdienen. Das geht bis zum Ablauf des Patents, 20 Jahre nach Beantragung desselben, und erst dann erhalten auch andere Firmen die Erlaubnis, dieses Medikament ebenfalls herzustellen und zu verkaufen. Das ist die einzige Schiene, die wir derzeit haben, und es wird gesagt, dass das eine gute Art und Weise ist, Medikamente zu prämiieren, vor allem deshalb, weil wir auf diese Weise nachhaltige Innovation bekommen durch die Bereitschaft von Firmen, die hohen Unkosten auf sich zu nehmen, die damit verbunden sind, Medikamente auf ihre Sicherheit, Effektivität etc. zu testen. Zweitens ist es eine gute Methode, weil sie den Preis, den jemand, der ein neues Medikament erfunden hat, dafür vom Markt fordern kann, dazu in Beziehung setzt, wie nützlich oder weniger nützlich das Medikament von denen eingeschätzt wird, die es möglicherweise benutzen. Ein Medikament, das kaum Vorteile bringt, ist eines, das nur wenige Leute kaufen werden, während ein Medikament, das wirklich effektiv wirkt und große Gesundheitsauswirkungen hat — Leuten das gibt, was sie gerne möchten — eines ist, für das man einen sehr hohen Aufpreis verlangen kann. Insofern ist die Nachfrage ein guter Indikator für die Wichtigkeit eines Medikaments. Dagegen ist allerdings zu sagen, dass ein Medikament häufig sehr dringend von Leuten gebraucht wird, die wenig Geld haben und deswegen ihre Bedürfnisse nicht als Marktnachfrage zum Ausdruck bringen können. Sie brauchen das Medikament unbedingt zum Überleben, sind bereit den letzten Cent dafür auszugeben, aber sie haben eben nur sehr wenig Geld und insofern ergibt sich hier ein Marktversagen, da sich das, was für Leute sehr wichtig ist, nicht als Marktnachfrage ausdrücken kann. Deshalb muss das gegenwärtige Modell um eine zweite Schiene ergänzt werden. Auf dieser Schiene wird ein Medikament gemäß seiner Auswirkungen auf die weltweite Gesundheit prämiert. Nach dem Modell des *Health Impact Fund* werden die Gesundheitsauswirkungen eines neuen Medikaments gemessen und auf dieser Grundlage bezahlt. Diese zweite Schiene ist eine Alternativschiene, die die erste Schiene völlig intakt lässt. Sie erlaubt es Firmen, die neue Medikamente zur Marktreife bringen, die zweite Schiene zu wählen und dann auf die erste Schiene zu verzichten. Man verzichtet auf die erste Schiene, indem man sich verpflichtet, das Medikament überall ohne Aufpreis zu verkaufen (alle anderen Patentrechte bleiben erhalten), und man bekommt dann im Gegenzug Prämien, die auf den Gesundheitsauswirkungen des Medikaments basieren. Genauer stellen wir uns das etwa so vor, dass Staaten für die indefinite Zukunft ungefähr 6 Milliarden Dollar pro Jahr als Prämienbetrag aussetzen, und zwar so, dass jeder Staat in Proportion zu seinem Bruttoinlandsprodukt beiträgt (Um auf 6 Milliarden Dollar zu kommen, bräuchte man nur 0,01 Prozent des BIP von jedem Staat). Um diesen Prämienbetrag dürfen sich dann die verschiedenen Medikamente bewerben. Bereitwillige Innovatoren können ihr Medikament auf die *Health Impact Fund*-Schiene stellen, und jedes beim *Health Impact Fund* gemeldete Medikament nimmt dann an zehn Jahresauschüttungen teil. Am Ende eines jeden Jahres wird der Jahrespool von 6 Milliarden unter den gemeldeten Medikamenten aufgeteilt und zwar so, dass für jedes Medikament ein Betrag aus dem Pool ausgeschüttet wird, der genau dem Prozentsatz der Gesundheitsauswirkungen, die dieses Medikament im betreffenden Jahr erzielt hat, entspricht. Wenn also zum Beispiel ein

Medikament 8% der Gesundheitsauswirkungen der gemeldeten Medikamente im Jahr 2014 erzielt hat, dann bekommt dessen Innovatorfirma 8% des Jahrespools ausbezahlt.

SL: Als Philosoph fundieren Sie Ihren Reformvorschlag mit einem moralischen Argument, das zeigen soll, dass die Einrichtung des *Health Impact Fund* nicht bloß eine Option ist, die zu verfolgen gut wäre, sondern dass wir eine Gerechtigkeitspflicht haben, den *Health Impact Fund* einzurichten. Wie funktioniert dieses Argument?

TP: Das Argument funktioniert im Vergleich zum gegebenen System. Es wäre schwieriger zu zeigen, dass wir den *Health Impact Fund* einführen müssten, wenn es überhaupt keine Art und Weise gäbe, medizinische Neuerungen anzureizen. Das ließe sich auch zeigen, wäre jedoch schwieriger. Was dagegen ziemlich leicht zu zeigen ist, ist, dass das gegenwärtige System ein ungerechtes System ist. Es macht es notwendig, dass wir Verkäufe von Medikamenten durch Herstellerfirmen an Patienten unterbinden müssen. Wir halten also die Regierungen besonders armer Länder dazu an, Firmen in ihrem Land zu verbieten, Pharmazeutika billig herzustellen und diese Medikamente an arme Patienten zu verkaufen. Diese zwangsweise hergestellte unterlassene Hilfeleistung ist etwas, was einem aktiven Verletzen anderer Personen gleichkommt. Wenn ich Sie gewaltsam daran hindere anderen Menschen das Leben zu retten, dann bringe ich dadurch diese anderen Menschen um. Genauso verhält es sich auch hier: wir haben die Regierungen der Entwicklungsländer aktiv dazu gebracht, dass sie wiederum aktiv ihre generischen Herstellerfirmen daran hindern, Medikamente billig herzustellen und billig an Patienten abzugeben. So haben wir gewissermaßen unser Problem, dass wir gerne Pharmafirmen dazu anreizen möchten, neue Medikamente zu erfinden, auf dem Rücken der Armen gelöst.

SL: Wirkt die Einrichtung des *Health Impact Fund*, die Sie aus Sicht einer Theorie globaler Gerechtigkeit begründen, auch auf die reicheren Gesellschaften zurück? Inwiefern profitieren Gesundheitssysteme in entwickelten westlichen Gesellschaften von der Einrichtung des *Health Impact Fund*?

TP: Ich würde vermuten, dass die reichen Länder sehr stark profitieren werden. Momentan ist es so, dass in den reichen Ländern sehr viel Geld für Gesundheit ausgegeben wird – beispielsweise 17% des Bruttoinlandsproduktes in den USA. Trotzdem sind die Vereinigten Staaten, was die Gesundheit der Bevölkerung angeht, auf Platz 37 der Weltrangliste, was nicht besonders eindrucksvoll ist. Daran zeigt sich, dass häufig ein Missverhältnis zwischen dem, was man für Gesundheit ausgibt und dem, was man dafür bekommt, besteht. Es ist klar, dass das nicht so weitergehen kann. In vielen reichen Ländern fragen sich die Leute, gerade jetzt nach der Finanzkrise, wie das Gesundheitssystem auf eine rationalere Basis gestellt werden kann. Medikamente spielen dabei eine sehr große Rolle. Im Moment gibt die Menschheit rund 650 Milliarden Euro für Medikamente aus. Über 90% davon werden in den reichen Ländern ausgegeben, und da stellt sich die Frage, wie wir Qualität für unser Geld bekommen? Das beschäftigt heute viele Regierungen und es gibt in vielen Ländern jetzt schon Ansätze dazu, ein neues Medikament nur dann über die nationale Gesundheitsversicherung zu bezahlen, wenn dieses Medikament etwas taugt. So gibt es zum Beispiel in Großbritannien die Organisation NICE (National Institute for Health and Clinical Excellence), die Entscheidungen darüber trifft, welches Medikament vom National Health Service bezahlt wird und welches nicht. Eine ähnliche Funktion hat das PBS (Public Benefit System) in Australien.

Interessanterweise stützt sich die Beurteilung der Gesundheitswirkung von Medikamenten hier aber allein auf klinische Versuche, die *vor* der Zulassung des Medikaments stattgefunden haben. Dadurch kommt es jedoch zu erheblichen Verzerrungen, da die Bedingungen, unter denen ein Medikament außerhalb solcher Studien eingenommen wird, oftmals nicht optimal sind. Dieselbe Firma, die vor der Zulassung des Medikaments noch ein Interesse daran hatte, dass das Medikament möglichst optimal eingenommen wird und möglichst von denen eingenommen wird, die am meisten davon profitieren können, hat dann genau das gegenteilige Interesse, wenn das Medikament erst einmal zugelassen ist: möglichst viele Menschen sollen das Medikament kaufen, ganz egal, welche Gesundheitsauswirkungen es dann für sie haben mag. Insofern wird oftmals mit demselben Medikament in den klinischen Versuchen, in denen es für seine Marktzulassung getestet wird, viel mehr erreicht als in der wirklich Welt, wo es angewendet wird. Darauf ist bisher auch in den reichen Ländern überhaupt noch nicht geachtet worden.

Wir müssen uns deshalb mehr darauf konzentrieren herauszufinden, was ein Medikament in der wirklichen Welt ausrichtet, nicht bloß in Versuchen, und wir müssen unsere Zahlungsbereitschaft diesen Gesundheitsauswirkungen anpassen. Das kommt wahrscheinlich sowieso; und der *Health Impact Fund* kann dazu beitragen, das auf eine rationale Basis zu stellen. Der *Health Impact Fund* könnte ein kleines Labor werden, in dem wir austesten könnten, wie die Bezahlung von Medikamenten aussehen würde, wenn wir ganz rational nach den Gesundheitsauswirkungen dieses Medikaments, und zwar nicht den abgeschätzten, sondern den tatsächlich gemessenen, bezahlen. Insofern glaube ich, dass der größte Gewinn für die reichen Länder in einer Rationalisierung des Gesundheitssystems bestünde, die hier in einem kleinen Labor vorgetestet wird und möglicherweise auf andere Leistungen ausgedehnt werden kann. Das gesamte Gesundheitssystem sollte letztendlich auf diese Weise rationalisiert werden. Gesundheit lässt sich messen. Geld lässt sich messen. Und wir müssen die beiden in Beziehung setzen. Wir können nicht einfach immer nur zahlen was gefordert wird, ohne darauf zu achten, was man dafür eigentlich bekommt.

SL: Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten zur Realisierung des *Health Impact Fund* ein? Kann eine Ausrichtung des HIF auf Freiwilligkeit und wirtschaftliche Interessen der beteiligten Akteure wie etwa der Pharmafirmen überhaupt zu den gewünschten Ergebnissen führen? Welche Rolle spielen in Ihrer Überzeugungsarbeit für den *Health Impact Fund* philosophische Argumente, welche Rolle spielen pragmatische bzw. Klugheitsargumente?

TP: Zum ersten Punkt: Die erste Gruppe, die ich überzeugen muss, sind Regierungen. Regierungen wiederum, vor allem die reicheren Regierungen, werden nur mitziehen, wenn sie das ihren Staatsbürgern und den Pharmafirmen erklären können. Die Pharmafirmen haben Vetopower. Sie haben so viel politische Macht und so viel Einfluss, dass der *Health Impact Fund* nie existieren wird, wenn sie dagegen sind. Hier ist die Freiwilligkeit wichtig. Es kommt darauf an, dass die Pharmafirmen das Gefühl haben und auch sehen können: Das ist freiwillig. Sie haben mit jedem beliebigen Medikament, das sie entwickeln mögen, die Wahl, es entweder beim *Health Impact Fund* zu melden oder auf der alten Schiene zu lassen und sie werden das natürlich strategisch entscheiden. Sie werden in den Fällen, wo sie zum Beispiel ein Potenzmittel oder ein Mittel gegen Haarausfall entwickelt haben, deren Gesundheitsauswirkungen relativ klein sind, diese auf der Patentschiene lassen. Wenn sie ein Medikament mit großen Gesundheitsauswirkungen haben, und vor allen Dingen auch vielen armen Leuten mit dem Medikament geholfen werden kann, dann werden sie es auf die *Health Impact Fund*-Schiene

stellen. Und das ist genau, was wir wollen. Wir wollen nicht, dass ein Potenzmittel oder ein Haarausfallmittel auf die *Health Impact Fund*-Schiene kommt, das hat da relativ wenig Sinn und nimmt nur Geld weg, das man besser für wichtigere Sachen einsetzen sollte. Aber wir wollen sehr wohl, dass die Medikamente für Krankheiten, die vor allen Dingen arme Leute betreffen, auf die *Health Impact Fund*-Schiene kommen, denn da ist es ja so, dass wir möglichst vielen Leuten dadurch helfen können, dass dieses Medikament billig angeboten wird. Nun muss man von den Pharmafirmen sagen, dass sie einerseits natürlich profit-maximierend agieren. Sie interessieren sich dafür, ob sie mit dem *Health Impact Fund* zusätzlich Geld verdienen können und das sollen sie ja auch. Wir gehen also davon aus, dass eine Pharmafirma ein Medikament dann und nur dann auf die *Health Impact Fund*-Schiene stellen wird, wenn sie sich davon mehr Geld verspricht. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass viele Medikamente, die es ohne den *Health Impact Fund* gar nicht gäbe, durch den *Health Impact Fund* entwickelt werden würden. Eine zentrale Intention beim *Health Impact Fund* ist es, dass Medikamente für die Krankheiten der Armen, die zu entwickeln sich nach der Logik des gegenwärtigen Anreizsystems gar nicht lohnen würde, plötzlich lukrative Forschungsaufgaben darstellen würden. Das wiederum ist für die Pharmafirmen aus zweifachem Grund sehr wichtig. Erstens, weil sie damit zusätzlich Geld verdienen können. Und vielleicht noch wichtiger zweitens, weil das ihren Angestellten viel bedeutet. Viele Leute, die in der Pharmaindustrie arbeiten, sind irgendwann einmal in diese Branche gegangen, weil sie etwas für die Menschheit tun wollten. Das gilt übrigens nicht nur für die Forscher. Die Forscher sind fast durchgehend motiviert dadurch, dass sie etwas Gutes für die Menschheit tun, aber es gilt auch für viele Menschen, die da als Manager und Direktoren arbeiten, die auch gerne etwas tun würden. Aber sie sind natürlich ihren Aktionären verpflichtet und können nicht einfach viel Geld für etwas ausgeben, das im Endeffekt ein ökonomisches Verlustgeschäft ist. Das geht auch deswegen nicht, weil die Pharmafirmen miteinander konkurrieren. Wenn die eine Pharmafirma viel Geld in den Sand setzt, um ein Medikament zu entwickeln, das arme Leute dringend brauchen, dann wird dieses Verlustgeschäft ihre Konkurrenzsituation verschlechtern gegenüber anderen Firmen, die sich auf solche moralisch motivierten Aktionen nicht einlassen. Da ist der *Health Impact Fund* ein wunderbares Gegenmittel. Er macht es Pharmafirmen möglich, auf profitable Weise genau das zu tun, was die meisten ihrer Mitglieder, ihrer Angestellten, ihrer Manager, ihrer Direktoren, ihrer Forscher ohnehin sehr gern tun möchten.

SL: In der Formulierung menschenrechtlicher Argumente gehen Sie häufig vom weit geteilten Verständnis der Menschenrechte aus, das sich in völkerrechtlichen Dokumenten wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte findet. Welche Form einer Begründung des Geltungsanspruchs der Menschenrechte halten Sie auf einer tiefer liegenden Ebene für überzeugend und wo verorten Sie die Menschenrechte im Begriffsfeld von Gerechtigkeit, Moral und Solidarität?

TP: Das Verständnis der Menschenrechte hat zwei Komponenten. Erstens stellt sich die Frage danach, welche putativen Menschenrechte wir als Menschenrechte anerkennen sollten. Zweitens ist danach zu fragen, wie der Menschenrechtsbegriff selbst zu verstehen ist. Wie sollten wir die Behauptung verstehen, dass es sich bei einem bestimmten putativen Menschenrecht wirklich um ein Menschenrecht handelt? Was ist damit eigentlich gesagt? Ich fange einmal mit dem Zweiten an, denn wenn das nicht geklärt ist, ist das Erste schwer zu beantworten. Es scheint mir so zu sein, dass eine Annäherung an den Menschenrechtsbegriff am besten gelingt, wenn man sich Gedanken über die damit verbundenen Pflichten macht. Wenn jemand

behauptet „X ist ein Menschenrecht“, was hat er oder sie damit über die Pflichten gesagt, die Menschen anderen Menschen gegenüber haben? Dazu würde ich sagen – und das liegt weitgehend auf der Linie der Vereinten Nationen –, dass man damit sagt, dass es moralisch wichtig ist, dass alle Menschen sicheren Zugang zum Objekt haben, das da in Frage steht (Unter dem Objekt oder Gegenstand eines Menschenrechts verstehe ich das, worauf diese Recht ein Recht ist: z. B. ausreichende Ernährung, oder Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit von Folter, politische Teilnahme, etc.). Man hat dabei zum einen Pflichten diesen Zugang zu befördern, indem man etwa Leuten hilft oder Drittpersonen daran hindert dieses Objekt wegzunehmen oder unsicher zu machen. Zum anderen hat man noch stärker Pflichten, nicht selbst Menschen etwas anzutun, das diesen sicheren Zugang unterminiert oder gefährdet. Ausgehend von diesen auf den sicheren Zugang zum Objekt bezogenen Pflichten, kann man sich dann vor dem Hintergrund einer gewissen Konzeption des Menschen fragen, was Menschen brauchen, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Sie brauchen Nahrung, sie brauchen das Recht sich frei äußern zu können usw. Und diese Dinge braucht man nicht nur hier und da, sondern man braucht sicheren Zugang dazu. Es sollte nicht unsicher sein und man soll nicht in ständiger Angst leben, ob man morgen noch frei reden darf, ob man morgen noch etwas zu essen hat. Solch sicherer Zugang kann durch natürliche Ereignisse (etwa eine Dürrekatastrophe) gefährdet werden. Aber in der modernen Welt sind die entscheidenden Faktoren andere menschliche Akteure einerseits und soziale Institutionen andererseits, also die Regeln und Strukturen, die soziale Systeme (auf allen Ebenen) organisieren. Handlungen und Institutionen hängen natürlich miteinander zusammen; und bei beiden ist der Spielraum so zu beschränken, dass Menschen sicheren Zugang zu den Dingen haben, die sie zu einem lebenswerten Leben brauchen.

Nun dazu, wie das mit Gerechtigkeit, Moral und Solidarität zusammenhängt. Ich würde sagen, dass der Gerechtigkeitsbegriff heutzutage in der Nachfolge von Rawls, vor allen Dingen auf soziale Institutionen angewandt wird und da würde ich die Menschenrechte, insofern man sie *institutionell* versteht, also als Ansprüche an soziale Institutionen, als Kern der Gerechtigkeitslehre betrachten. Umgekehrt ausgedrückt: Die wichtigsten Ungerechtigkeiten sind Menschenrechtsdefizite. Wir müssen bei der Ausformung von Institutionen vor allen Dingen darauf achten, dass Menschenrechtsdefizite vermieden werden. Moral ist ein weiterer Begriff, der die Gerechtigkeit mit einschließt, aber eben auch andere, *interaktionale* Momente. Da kann man wiederum dasselbe sagen: die Menschenrechte bringen die wichtigsten moralischen Ansprüche, die wir an soziale Institutionen stellen sollen, zum Ausdruck und auch die wichtigsten Ansprüche, die wir an andere Menschen stellen wollen. Da soziale Institutionen ja von Menschen ausgeformt und aufrechterhalten werden, lassen sich die moralischen Ansprüche an soziale Institutionen letztlich auch als Ansprüche an andere Menschen verstehen. Und so können wir zu einer vollständigen fünfteiligen Gliederung kommen. Die jedem von uns zugeschriebenen Menschenrechte stellen drei interaktionale moralische Ansprüche an alle anderen menschlichen Akteure, die in internationalen Dokumenten immer wieder als das Triplet „respect, protect, fulfill“ auftauchen: nämlich (1) dass sie unsere Menschenrechte *respektieren*, also uns nicht schädigen auf eine Weise, die unseren sicheren Zugang zu dem Objekt der Menschenrechte unterminiert, (2) dass sie uns vor Gefährdungen unseres sicheren Zugangs durch andere Faktoren *schützen* und (3) dass sie uns, soweit uns der sichere Zugang fehlt, *helfen*, in den Genuss der Gegenstände unserer Menschenrechte bzw. des sicheren Zugangs zu ihnen zu kommen. Dazu kommen noch zwei höchstwichtige institutionelle moralische Ansprüche: nämlich (4) dass sie *nicht beitragen zur Ausformung und Aufbüdung von sozialen Institutionen*, in denen unser sicherer Zugang zu den Objekten der Menschenrechte vermeidbarerweise nicht gewährleistet ist, und (5) dass sie darüber hinaus *soziale Institutionen schaffen und verbessern*,

durch die wir sichereren Zugang zu den Gegenständen unserer Menschenrechte erlangen.² Diese fünf Ansprüche lassen sich auf zweierlei Weisen gruppieren. Einmal sind, wie schon gesagt, die ersten drei interaktional und die letzten beiden institutionell (also das Handeln in Bezug auf Institutionen betreffend). Zum anderen lässt sich senkrecht dazu noch einmal zweiteilen in positive und negative Pflichten. Die Pflichten, Menschenrechte zu respektieren und nicht beizutragen zur Ausformung und Aufbüdung von sozialen Institutionen, in denen der sichere Zugang zu den Objekten der Menschenrechte vermeidbarerweise nicht gewährleistet ist — das sind negative Pflichten. „Schützen“ und „helfen“ und „Institutionen verbessern“ gehören dagegen in den Bereich positiver Pflichten. Die negativen Pflichten wiegen *ceteris paribus* schwerer als die positiven. Solidarität ist im Sinne von positiven Pflichten zu verstehen, in dem Sinne, dass wir uns mit anderen solidarisieren, indem wir sagen, sie sind Menschen, genau wie wir auch. Sie haben fundamentale Interessen und wir können mit unserem Leben nicht zufrieden sein, wenn es anderen Menschen an der Erfüllung dieser wichtigen Interessen fehlt, also wenn bei anderen Menschen die Menschenrechte nicht erfüllt sind. Von demjenigen, der die Menschenrechte anderer Menschen verletzt, zu sagen, dass er es an Solidarität fehlen lässt, wäre seltsam. Der lässt es an sehr viel mehr fehlen als an Solidarität, aber Solidarität verlangt von uns, dass wir nicht nur darauf achten, dass unsere eigenen Menschenrechte erfüllt sind und die unserer Freunde und unserer Liebsten und vielleicht auch noch unserer Landsleute, sondern dass wir auch darauf hinarbeiten, dass die Menschenrechte überall in der Welt erfüllt sind.

SL: In Ihren Texten verfolgen Sie häufig eine argumentative „Umarmungsstrategie“, die darin besteht, dass Sie Ihren theoretischen Opponenten sehr weit entgegenkommen und Ihre Argumentation auf weit zustimmungsfähige Prämissen stützen. Dabei beschränken Sie sich oft auf einen engen Kernbereich der Menschenrechte, der weithin akzeptiert wird und sich auf die Begründung negativer, nicht aber positiver Pflichten konzentriert – zugleich deuten Sie wie gerade aber auch häufig an, dass sich eigentlich stärkere und weiter reichende Positionen

2 Die fünfte Pflicht ist weiter als die vierte insofern man Gelegenheiten haben kann, soziale Institutionen gerechter zu machen, zu deren Ausformung und Aufrechterhaltung man nicht beiträgt. Die beiden institutionellen Pflichten haben bislang nur wenig Beachtung gefunden. Eine wichtige Ausnahme hinsichtlich der fünften Pflicht ist die berühmte *Allgemeine Bemerkung 12* zum Recht auf angemessene Nahrung, die 1999 vom UN Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verabschiedet wurde. Im Artikel 15 dieses Dokuments wird (notgedrungen) die fünfte Pflicht (als „Förderungspflicht“) sozusagen in die dritte (fulfill) hineininterpretiert: „Das Recht auf angemessene Nahrung, wie jedes andere Menschenrecht, legt den Vertragsstaaten drei Arten beziehungsweise Ebenen von Pflichten auf, eine Achtungspflicht, eine Schutzpflicht und eine Gewährleistungspflicht. Die Gewährleistungspflicht umfasst wiederum sowohl eine Förderungspflicht als auch eine Bereitstellungspflicht. Die Achtungspflicht gegenüber dem bestehenden Zugang zu angemessener Nahrung erfordert, dass die Vertragsstaaten keine Maßnahmen ergreifen, welche die Verhinderung dieses Zugangs zur Folge haben. Die Schutzpflicht erfordert Maßnahmen des Staates, durch die sichergestellt wird, dass Unternehmen oder Einzelpersonen Menschen nicht den Zugang zu angemessener Nahrung vorenthalten. Die Gewährleistungspflicht (Förderungspflicht) bedeutet, dass der Staat aktiv darauf hinwirken muss, den Menschen den Zugang zu und die Nutzung von Ressourcen und Mitteln zur Sicherung ihres Lebensunterhalts, namentlich die Ernährungssicherheit, zu erleichtern. Schließlich haben die Staaten immer dann, wenn eine Einzelperson oder eine Gruppe aus Gründen, auf die sie keinen Einfluss hat, nicht in der Lage ist, das Recht auf angemessene Nahrung mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln wahrzunehmen, die Pflicht zur unmittelbaren Gewährleistung dieses Rechts (Bereitstellung). Diese Verpflichtung erstreckt sich auch auf Opfer von Naturkatastrophen oder anderen Katastrophen.“ (UN Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Zwanzigste Tagung in Genf, 26. April – 14. Mai 1999, www.un.org/Depts/german/wiso/ec12-1999-5.pdf).

begründen ließen. Um „Verbündete“ für die Umsetzung Ihrer politischen Reformvorschläge zu gewinnen, scheint die rhetorische Umarmung eine kluge Strategie zu sein. Gibt es jenseits dieser rhetorischen „Umarmungsstrategie“ noch einen Kern der Poggeschen Gerechtigkeitstheorie, der eine viel gehaltvollere Konzeption anbieten würde?

TP: Ja, mit Sicherheit. Ich würde das so beantworten: Ich bin immer ehrlich in dem Sinne, dass ich nicht irgendetwas um des Arguments Willen akzeptiere, was ich nicht selber auch für vernünftig halte. Ich versuche nicht, andere von falschen Prämissen, die andere akzeptieren mögen, zu Konklusionen zu führen, zu denen ich sie gerne führen würde. Wenn ich Prämissen für falsch halte, dann formuliere ich auch das Argument nicht. Es gibt ein paar Ausnahmen in meinen Texten, die ich aber sehr klar markiere, indem ich beispielsweise sage: Nehmen wir einmal an, der Libertarianismus sei eine vernünftige Position usw. Es stimmt natürlich, dass ich nicht alle die Prämissen, die ich für wahr oder begründbar halte, immer in die Argumente einfüge, denn ich bin mir schon darüber klar, dass viele Leute diese Prämissen zurückweisen und dann wahrscheinlich nicht klar trennen zwischen den Positionen, die ich ohne Rekurs auf jene Prämissen erreichen kann und denen, die eben diese Prämissen voraussetzen. Mein Buch *Weltarmut und Menschenrechte* (Berlin: de Gruyter 2011) ist so ein Experiment, wo ich bestimmte Sachen vollkommen außen vor gelassen habe, das an manchen Stellen aber schlecht formuliert habe. Zum Beispiel habe ich gesagt: Ich möchte überhaupt nicht an positive Pflichten appellieren, aber ich habe das manchmal so stark gesagt, dass die Leute mich dahingehend interpretiert haben, dass ich positive Pflichten total zurückweise. Das tue ich natürlich nicht, aber für die Zwecke des Buches *Weltarmut und Menschenrechte* tue ich so, als gäbe es keine positiven Pflichten. Besonders viele Anglo-Amerikaner stehen mit positiven Pflichten auf dem Kriegsfuß und ich sage zu ihnen: Okay, nehmen wir die mal vom Tisch. Lasst uns mal völlig davon absehen, dass es irgendwelche positiven Pflichten gibt. Lasst uns nur über negative Pflichten reden und ich möchte euch zeigen, zu eurer großen Überraschung, dass selbst wenn es nur negative Pflichten gibt, Verpflichtungen für uns bestehen und zwar negative Pflichten einer relativ plausiblen Art: andere Leute nicht zu schädigen, sie nicht in ihrer Gesundheit zu beeinträchtigen, sie nicht vorzeitig ums Leben zu bringen etc. Und ihr braucht überhaupt niemandem das Leben zu retten, davon ist gar nicht die Rede, es geht nur darum aufzuhören, unschuldige Menschen zu schädigen. Selbst wenn man sich auf diesen Kernbereich konzentriert, kann ich euch mit guten Argumenten zeigen, dass ihr an einer Verletzung negativer Pflichten beteiligt seid und dass ihr euer Leben stark umändern müsst, wenn ihr euch dieser Verletzungen nicht schuldig machen wollt. Das scheint mir ein sehr wichtiges Vorhaben zu sein. Es scheint mir auch aus Gründen der Klarheit wichtig zu sein, in manchen meiner Werke wenigstens, diesen Bereich mal ganz rein zu halten.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt: Die Idee, dass Rechtfertigung darin besteht, Konklusionen von irgendwelchen letztbegründbaren oder unbegründbaren oder irgendwie fundamentalen Propositionen abzuleiten, ist für mich keine vernünftige Vorstellung von Rechtfertigung. Ich verstehe Rechtfertigung als einen interpersonalen und interaktiven Prozess, in dem jemand versucht, jemand anderen zu überzeugen. Insofern ist es vernünftig, dass man, wenn man andere überzeugen will, versucht die Dinge aus der Argumentation herauszuhalten, von denen

3 Englische Originalausgabe: Pogge, Thomas: *World Poverty and Human Rights. Cosmopolitan Responsibilities and Reforms*, second, expanded edition, Cambridge (Polity Press) 2008.

ziemlich klar ist, dass sie für den anderen nicht glaubwürdig sind. Man konzentriert sich auf die Aspekte, die der oder die andere glaubwürdig findet oder die man ihm oder ihr plausibel machen kann, und versucht dann auf dieser Grundlage zu argumentieren.

SL: Welche Rolle spielt Interdisziplinarität in Ihrer Forschung und wo und wie können Philosophen von Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen profitieren?

TP: Interdisziplinarität spielt in meiner Arbeit eine sehr große Rolle. Das kommt auf verschiedene Weisen zustande. Erst einmal ist vielleicht der wichtigste Punkt, dass ich nicht nur versuche, Prinzipien zu entwickeln, sondern auch, diese Prinzipien umzusetzen. Ein typisches Modell kann man sich als eine Art deduktiven Prozess vorstellen, wo man oben anfängt und dann die Sache spezifiziert, also Angewandte Philosophie, wie es immer so schön heißt. Ich sehe es dagegen so, dass ein solcher Prozess in beide Richtungen geht. Man wird sich beispielsweise über die Bedeutung im Sinne von „meaning“ und auch im Sinne von „significance“ von moralischen Prinzipien eigentlich erst dann klar, wenn man versucht, diese Prinzipien in die Welt hineinzutragen. Wenn man z. B. das, was Sie hier in diesem Zentrum machen, Bioethik, wenn man das ernsthaft betreibt, lernt man vieles, nicht nur über die ganzen klinischen Kontexte und die Themen, mit denen man sich da beschäftigt, sondern auch über die moralischen Prinzipien, was die eigentlich bedeuten. Dann sieht man sich oftmals auch genötigt diese Prinzipien anders zu verstehen auf Grundlage des Versuchs, sie in diese Gebiete hineinzutragen. Auseinandersetzung mit den wirklichen Problemen der Welt soll nicht nur Anwendung von moralischen Prinzipien sein, sondern auch moralisches Lernen. Das ist, glaube ich, der Hauptpunkt. Ich versuche die Institutionen zu finden, die exemplifizieren wie man die Welt gerechter machen könnte und versuche mir konkret die Frage zu stellen: Wenn ich *diese* Konzeption von Gerechtigkeit habe, was sind dann die größten realen Ungerechtigkeiten? Wie lassen sie sich abstellen? Wie lässt sich am meisten für die Gerechtigkeit tun? Auch die Frage der Priorisierung ist dabei für mich eine sehr wichtige Frage: Worauf sollte ich meine knappen Ressourcen von Zeit und Geld ansetzen, um Fortschritte im Hinblick auf größere Gerechtigkeit zu machen? Hinzu kommen als zweite Komponente Fragen der Durchsetzung. Wie kann man Gerechtigkeitsreformen umsetzen? Das sind zwei Arten von Fragen. Die erste ist eine danach, wie man sich ein System vorstellen kann – danach, wie soziale Institutionen anders aufgebaut werden könnten, auf eine Art und Weise, die sie funktionstüchtig machen würden und zwar langfristige. Die andere Frage ist eine danach, wie man solche Institutionen erst einmal erreichen kann. Das Nachdenken über die Pharmaindustrie etwa, das wir vorhin angestellt hatten, gehört in diesen zweiten Bereich, wo man fragt: Wie ist die Welt jetzt eingerichtet? Was für Kräfte gibt es da? Wie denken die Leute, die in diesen Institutionen oder in diesen Firmen arbeiten? Und wie kann man sie in Anbetracht der Motivationen, die sie haben, dazu bringen, eine Reformidee zu unterstützen? Das hat etwas mit moralischer Psychologie zu tun und mit einer genauen, manchmal auch spieltheoretischen Analyse. Es geht darum, das Bestehen dieses Systems zu durchschauen, zu verstehen, wie es sich am Leben erhält, wie es sich weiterentwickelt und wo man am günstigsten einen Hebel ansetzen kann, um mit relativ kleinen Kräften, die wir ja nur zur Verfügung haben, eine relativ große Veränderung zu erzielen. Das ist etwas Interdisziplinäres, womit Philosophen oftmals noch viel weniger zu tun haben als mit sogenannten Anwendungsproblemen. Anwendung ist schon ein bisschen populärer geworden in den letzten 40 Jahren, aber Umsetzung oder politische Umsetzung ist etwas, wovon den meisten Philosophen noch ein bisschen schaudert. Manche würden vielleicht sagen: Aber das ist doch gar kein philosophisches Problem. Das hat mit Philosophie doch nichts zu tun. Ich glaube aber,

dass das mit Philosophie eine ganze Menge zu tun hat. Erstens, weil wir als Philosophen die Verantwortung haben, das ist ja unsere Rolle in der Welt, unseren Mitbürgern klar zu machen, was eigentlich wichtig ist, wie wir leben sollten. Und zweitens, weil auch bei der Umsetzung selbst wieder moralische Probleme auftauchen, die philosophisch beurteilt werden müssen, etwa Übergangsprobleme unterschiedlicher Art. Wenn wir Institutionen verändern, kann es wohl sein, dass wir dadurch die Situation von vielen armen Leuten verbessern, aber auch die Situation anderer armer Leute verschlechtern. Der Hauptpunkt ist da eben nur, dass das auch wiederum eine interdisziplinäre, wie eine moralische Frage ist, die aber mit empirischen Fragen verbunden ist, etwa welche Übergänge erlaubt sind oder wie man eine Veränderung in Gang setzen darf, und worauf dabei zu achten ist.

SL: Sprechen wir noch etwas über die Rolle des Philosophen heute, die Sie gerade schon kurz angesprochen haben: Wie erklären Sie sich die Lücke zwischen unsere Kenntnis von massiver globaler Ungerechtigkeit und unserer Bereitschaft darauf handelnd zu reagieren? Was können Philosophen zum Schließen dieser Lücke beitragen?

TP: Es ist sehr wichtig diese Lücke zu schließen. Das ist etwas, was Philosophen natürlich schon einmal klar machen können, dass wir uns mit einer solchen Lücke nicht einfach so abfinden können. Der zweite Punkt ist komplizierter, nämlich, dass man einen Schritt zurücktreten und sich fragen muss, wer dies sonst tun könnte. Wir haben eine Rollenverteilung in der akademischen Welt, genau so wie in der Welt als ganzer, und in dieser Rollenverteilung ist es eben so, dass diese riesigen Probleme von denen Sie sprechen, und über die wir in der Tat eine ganze Menge wissen, deswegen überleben, weil sich niemand besonders angesprochen fühlt. Die, die von den meisten Leuten wohl als diejenigen genannt würden, die diese Probleme anzugehen haben, sind Ökonomen. Was man dabei übersieht, ist, dass Ökonomen dazu überhaupt nicht geeignet sind. Und zwar sind sie deswegen nicht dazu geeignet, weil sie eine Konzeption der Welt haben, in der Menschen ihren eigenen Interessen nachgehen. Und wenn jeder seinen eigenen Interessen nachgeht, dann sind diese Probleme nicht zu beheben, denn die Probleme bestehen darin, dass es manchen sehr gut geht und anderen sehr schlecht und dass manche sehr mächtig sind und andere keine Macht haben. Es gibt gemäß der ökonomischen Logik überhaupt keinen Grund einzusehen, warum jemand, der selbstinteressiert ist, also ein guter homo oeconomicus, der oben sitzt, warum der denen unten das Überleben erleichtern sollte. Warum sollte er das Machtverhältnis, die Verteilung von Einkommen und Wohlstand, zu seinen eigenen Ungunsten verschieben? Und warum sollte ein Ökonom, der ein viel besserer homo oeconomicus ist, als wir anderen, auf Armutsvermeidung hinarbeiten, wenn er viel besser dafür bezahlt werden kann, uns Wohlhabenden beruhigende Erklärungen des Armutsproblems zu liefern, die die Verantwortung für dieses Problem irgendwo anders lokalisieren, nur nicht bei uns? Also, Ökonomen sind nicht dazu geeignet, die Lösung der genannten Probleme in Angriff zu nehmen. Und wer sonst? Ich sage also nicht, das ist ein Problem, für das wir Philosophen besonders prädestiniert sind. Wir sind im Höchstenfall dafür prädestiniert, die Wichtigkeit dieses Problems herauszustreichen und zu sagen, das ist wirklich eine wichtige Thematik. Dabei spielt die Frage danach, was unser Leben als Menschen lebenswert macht, eine wichtige Rolle, und dabei ist wiederum die Moral eine sehr wichtige Komponente. Man will z. B. nicht als jemand gelebt haben, der an einem Massenmord beteiligt war. Das ist nicht so eine kleine Verschmutzung des eigenen Lebens, sondern eine Katastrophe. Wenn man ein Leben als Mörder geführt hat, ist das Leben ruiniert, man hat also kein gutes Leben geführt, auch wenn man sich meistens gutgelaunt vergnügt hat. Das ist auch wieder etwas, was man als Philosoph den

Leuten klar machen sollte. Da gibt es keinen anderen, außer vielleicht religiöse Figuren, die solche Dinge kommunizieren können. Wenn das stimmt, muss man einen Schritt weiter gehen und sagen, dass wir mit den Regeln, die wir auf supranationaler Ebene durchsetzen, helfen, jede Menge Leute umbringen und damit unbedingt aufhören müssen. Wenn die Ökonomen dazu nicht geeignet sind, und wenn das letztlich natürlich Politiker machen müssen, dies aber nur auf Druck der Bevölkerung tun, dann muss man diesen Druck herstellen und man kann ihn nur dadurch herstellen, dass man das den Leuten irgendwie klar macht. Da sehe ich eine sehr wichtige Rolle der Philosophen: ihre Verantwortung gegenüber ihren Mitbürgern, eine Verantwortung, die in den letzten Jahrhunderten mehr und mehr in den Hintergrund getreten ist. Philosophen in den alten Tagen, beispielsweise in Griechenland, waren sich dieser Sache viel deutlicher bewusst (Der gute Sokrates ist überall herumgelaufen und hat die Leute angequatscht, und ist zur Bremse geworden). Wir haben uns dagegen in einen Elfenbeinturm zurückgezogen und reden fast nur noch miteinander und sind ganz verärgert, wenn das Telefon klingelt und irgendein Nicht-Philosoph etwas von uns wissen will. Das ist, glaube ich, ein großer Fehler und ein Abstieg der Philosophie, von dem was sie im Dienste der Menschheit sein könnte. Sie ist zu einer Art Schachsport geworden, wo wir Philosophen Schachaufgaben ausbrüten, um uns gegenseitig zu zeigen, wie clever wir sind. Also, Philosophen sollen das anstoßen, jedenfalls bis wir vernünftige andere Leute haben, die sich damit beschäftigen können. Das verweist wieder auf die Interdisziplinarität. Natürlich können die Philosophen das nicht alleine vorantreiben, natürlich brauchen wir dazu auch Ökonomen und Rechtsexperten und Politiker und Politikwissenschaftler und vielleicht Psychologen usw. Aber wer soll die Sache in Gang bringen, und diese verschiedenen Experten organisieren? Wer soll diese Zusammenarbeit strukturieren und ihr ein Ziel, einen Zweck geben, wenn nicht der Philosoph?

SL: Inwiefern ergibt sich diese enge Verzahnung von Theorie und Praxis in Ihrer Tätigkeit aus ihrem Verständnis von Philosophie selbst?

TP: Dazu lässt sich vielleicht zweierlei sagen: Einmal ist es so, dass, wenn man auf der bloßen Theorieebene irgendwelche moralischen Anweisungen gibt, oftmals einfach nicht klar ist, was das zu bedeuten hat. Auch die rawlsschen Gerechtigkeitsprinzipien sind relativ unklar, wenn man sie nicht auf die konkrete Ebene herunterbringt und versucht zu zeigen, wie denn etwa ein politisches System gestaltet sein müsste, um seinem ersten Prinzip genüge zu tun. Wenn man hier nur auf der theoretischen Ebene verbleibt, dann hat man diese ganzen theoretischen Termini und Formulierungen von Pflichten und Prinzipien, die immer nur im Hinblick aufeinander expliziert werden. Man bekommt dann ein schönes kohärentes Begriffsgefüge, aber im Endeffekt weiß man immer noch nicht, was man in der wirklichen Welt zu tun hat. Deswegen ist es wichtig, dass man sich auch selbst in die Welt hinein begibt und etwas tut, also selber ein Leben lebt und durch sein eigenes Leben zeigt, wie sich diese Sachen umsetzen lassen, was sie eigentlich heißen. Das ergibt sich schon auf der theoretischen Ebene, wo es den intellektuellen Imperativ „Drücke dich klar aus! Sag genau, was du willst!“ gibt. Das kann man zum Teil mit Sprache tun, aber zum Teil eben auch durch Handeln. Wer jemandem zeigen will, was es heißt, einem bestimmten Wegweiser zu folgen, der läuft dann los und zeigt es dadurch. Das ist der eine Grund über das Theoretische hinauszugehen, nämlich, dass das Theoretische abstrakt bleibt und dass sogar die Bedeutung dieser Imperative und Prinzipien und moralischen Setzungen unklar bleibt, wenn man sich nicht engagiert und diese Sachen in die Welt hinein trägt. Der zweite Punkt ist, dass es eben merkwürdig wäre zu sagen „X ist wichtig“ und es dann nicht selbst zu tun. Manche Leute sehen die Moral als etwas rein theoretisches, wo der

Satz „X ist wichtig“ formaler Teil eines größeren Theoriegebäudes ist. Aber wenn wir unsere Untersuchung wirklich ernst nehmen und uns wirklich die Aufgabe stellen, das ausfindig zu machen, was wichtig ist, worum sich jeder kümmern müsste, worauf jemand Aufmerksamkeit verwenden müsste und dann ernsthaft sagen: „Das ist es!“, dann müssen wir es auch selber tun.

Literatur

Hollis, Aidan und Pogge, Thomas: *The Health Impact Fund: Making New Medicines Accessible for All*, (Oslo und New Haven: Incentives for Global Health, 2008).

Pogge, Thomas: *Weltarmut und Menschenrechte* (Berlin: de Gruyter 2011).

Pogge, Thomas: *Gerechtigkeit in der Einen Welt*, mit Reaktionen von Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse, Heidemarie Wiczorek-Zeul, and Gert Weißkirchen (Essen: Klartext Verlag 2009).

Pogge, Thomas: „Warum die Menschenrechte die Einrichtung des Health Impact Fund verlangen“, in: *Zeitschrift für Menschenrechte* 2 (2009), 124–161.

Pogge, Thomas: „Der Health Impact Fund – Wie Pharmaforschung wirklich allen zugute kommen kann“, in: *Gerechte Gesundheit: Das Portal zur Verteilungsdebatte*, 29. September 2009, verfügbar unter <http://www.gerechte-gesundheit.de/debatte/autorenbeitraege/detail/ab-eintrag/1/6.html>.

Shah, Rebecca (Hrsg.): *The International Migration of Health Workers: Ethics, Rights and Justice*, mit einem Vorwort von Thomas Pogge (Houndmills: Palgrave Macmillan 2010).

Weiterführende Links

Homepage des *Health Impact Fund*: <http://www.healthimpactfund.org>

Homepage von Thomas Pogge an der Yale-University (mit ausführlicher Bibliographie): <http://pantheon.yale.edu/~tp4>